

Protokoll 60. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 28. August 2019, 17.00 Uhr bis 20.14 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Heinz Schatt (SVP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Anwesend: 117 Mitglieder

Abwesend: Martin Götzl (SVP), Andreas Kirstein (AL), Maleica Landolt (GLP), Alan David Sangines (SP), Thomas Schwendener (SVP), Christine Seidler (SP), Andri Silberschmidt (FDP), Vera Ziswiler (SP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|---------------------------------|--|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | <u>2019/329</u> | *
E Postulat von Dr. David Garcia Nuñez (AL), Ezgi Akyol (AL) und 1 Mitunterzeichnenden vom 10.07.2019:
Benennung des Parks zwischen der Badener- und Zweierstrasse nach Rosa Luxemburg | VSI |
| 3. | <u>2019/332</u> | *
E Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 10.07.2019:
Einplanung eines sogenannten «Grünkredits» bei städtischen Neubauten, Erweiterungen und Instandsetzungen für ökologisch wertvolle Umgebungsplanungen | VHB |
| 4. | <u>2019/333</u> | *
E Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 10.07.2019:
Wiederkehrender Beitrag an den Verein MAXIM Theater, verbunden mit einem klaren Leistungsauftrag | STP |
| 5. | <u>2019/334</u> | *
E Postulat der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 10.07.2019:
Realisierung eines Pilotprojekts im Kehrichtheizkraftwerk Hagenholz für ein Abscheiden des CO ₂ aus dem Abgas | VTE |
| 6. | <u>2019/335</u> | *
E Postulat der SP- und Grüne-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 10.07.2019:
Verbot von Einwegplastik durch Anpassung der rechtlichen Grundlagen | VGU |
| 7. | <u>2019/336</u> | *
E Postulat der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 10.07.2019:
Vereinfachtes Beantragen von Begegnungszonen durch die Bevölkerung sowie vermehrte Initiierung solcher Zonen durch die Verwaltung | VSI |

- | | | | |
|-----|--|--|-----|
| 8. | <u>2019/337</u> *
E | Postulat von Dr. Mathias Egloff (SP), Michael Kraft (SP) und 9 Mitunterzeichnenden vom 10.07.2019:
Installation von Photovoltaik- oder Solarthermieranlagen über den Klärbecken der ARA Werdhölzli | VTE |
| 9. | <u>2018/435</u> | Weisung vom 14.11.2018:
Amt für Städtebau, Teilrevision Bau- und Zonenordnung, Änderung Ergänzungsplan Kernzone City, Kreis 1, Änderung Art. 51 Bauordnung | VHB |
| 10. | <u>2019/173</u> | Weisung vom 08.05.2019:
Finanzdepartement, Unfallversicherung Stadt Zürich (UVZ), Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2018 | FV |
| 11. | <u>2019/296</u> | Interpellation von Susanne Brunner (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 26.06.2019:
Besetzung des Pfingstweidparks durch Protestierende gegen die Asylgesetzrevision, rechtliche Grundlagen und Kriterien für den Entscheid der Duldung der Besetzung, für die Auflösung von illegalen Partys und für das Eingreifen bei Lärmklagen sowie Kriterien hinsichtlich der Abgabe von Nahrungsmitteln im Rahmen von legalen und illegalen Anlässen | |
| 14. | <u>2018/470</u> | Interpellation von Yasmine Bourgeois (FDP) und Pablo Büniger (FDP) vom 28.11.2018:
ÖV-Angebot in den Quartieren Witikon, Hottingen und Hirslanden, Massnahmen zur Verbesserung der Fahrplanstabilität der Linien 8 und 31 und Optionen für die Überbrückung einer Trolleybusstrecke ohne Fahrleitung sowie Hintergründe zu den Investitionskosten für eine Verlängerung der Buslinie über den Hottingerplatz an den Hauptbahnhof und zu den Kosten für bauliche Massnahmen bei der Haltestelle Hölderlinsteig | VIB |
| 13. | <u>2018/463</u> E/A | Postulat von Pablo Büniger (FDP), Helen Glaser (SP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 28.11.2018:
Direkte Trolleybusverbindung zwischen Kienastewies und Hauptbahnhof via Hottingerplatz und Neumarkt | VIB |
| 17. | <u>2018/98</u> E/A | Postulat der SP-Fraktion vom 07.03.2018:
Observation von verdächtigen Personen zur Bekämpfung von schweren Steuervergehen | FV |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Yasmine Bourgeois (FDP) beantragt, TOP 14, GR Nr. 2018/470, «Interpellation von Yasmine Bourgeois (FDP) und Pablo Bünger (FDP) vom 28.11.2018: ÖV-Angebot in den Quartieren Witikon, Hottingen und Hirslanden, Massnahmen zur Verbesserung der Fahrplanstabilität der Linien 8 und 31 und Optionen für die Überbrückung einer Trolleybusstrecke ohne Fahrleitung sowie Hintergründe zu den Investitionskosten für eine Verlängerung der Buslinie über den Hottingerplatz an den Hauptbahnhof und zu den Kosten für bauliche Massnahmen bei der Haltestelle Hölderlinsteig» vor TOP 13, GR Nr. 2018/463, «Postulat von Pablo Bünger (FDP), Helen Glaser (SP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 28.11.2018: Direkte Trolleybusverbindung zwischen Kienastewies und Hauptbahnhof via Hottingerplatz und Neumarkt» zu behandeln.

Der Rat stimmt dem Antrag von Yasmine Bourgeois (FDP) stillschweigend zu.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1573. 2019/351

Erklärung der SVP-Fraktion vom 28.08.2019:

Ideologischer Krieg gegen das Auto als Bedrohung für Gewerbe und Wohlstand

Namens der SVP-Fraktion verliest Stephan Iten (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Ideologischer Krieg bedroht Gewerbe und Wohlstand

Der erfolgreiche Wirtschaftsstandort Zürich ist in Gefahr. Der ideologisch geführte Krieg gegen das Auto gefährdet unser Gewerbe und unseren Wohlstand.

Irritiert nimmt die SVP der Stadt Zürich die Verkehrsdebatte des Kantonsrats vom letzten Montag zur Kenntnis. Früher wussten besonnene Sozialdemokraten, dass man es mit dem lokalen Gewerbe nicht verscherzen darf. Seit den Kantonsratswahlen vom vergangenen März hat sich das aber grundlegend geändert. Der Euphorie sind nun keine Grenzen mehr gesetzt und die Macht wird in einem regelrechten Rausch voll ausgenützt, koste es, was es wolle. Auch hier trifft unser Symbol des wurmstichigen Apfels den Nagel auf den Kopf. Der Angriff auf den Mittelstand und das Gewerbe durchlöchert unseren Wirtschaftsstandort und zerfrisst unseren Wohlstand.

Mit der Plünderung des Strassenfonds und der damit drohenden Erhöhung der Verkehrsabgaben setzt man nicht nur die Klein- und Mittelunternehmer weiter unter Preisdruck, es betrifft auch sämtliche Konsumenten, auf welche die Kosten teilweise abgewälzt werden und gefährdet dringende Verkehrsprojekte.

Mit der prioritären Behandlung des öffentlichen Verkehrs wird hier ein Verkehrsträger gegen den anderen ausgespielt, das Gewerbe weiter schikaniert, diskriminiert und eingeschränkt. Mit der Behinderung des Gewerbeverkehrs kann der Unternehmer seinen Aufgaben nur erschwert nachkommen, was am Schluss des Tages ebenfalls der Endkunde berappen muss.

Zudem wird so das übergeordnete Recht, welches die Versorgung sicherstellt, nicht mehr gewährleistet. Denn das Gewerbe kann seine Aufträge nicht mit dem öffentlichen Verkehr oder dem Velo ausüben. So wird das Sterben der KMUs und der Startups in Kauf genommen. In der Euphorie und im Machtrausch haben die gewählten Mandatsträger aber vergessen, dass das Volk den Gegenvorschlag der Anti-Stau-Initiative gutgeheissen hat. Mit der Umsetzung der im Kantonsrat beschlossenen Massnahmen ist das nicht vereinbar.

Wenn man die masslose Zuwanderung derart vorantreibt, muss man auch die Infrastruktur zur Verfügung stellen. Und zwar nicht nur Velowege, Busse und Trams, denn ein Grossteil kommt auch mit einem motorisierten Verkehrsmittel. Wenn diese nicht erwünscht sind, legen die Sozialdemokraten ein selektives Verhalten an den Tag. Sie schaffen Zweiklassen-Gesellschaften!

Ihr wollt einen ideologischen Krieg gegen die Autofahrer eröffnen? Dann soll dem so geschehen. Die SVP der Stadt Zürich wird mit vollem Engagement allfällige Referenden unterstützen und sich darum bemühen, dass diesen an der Urne zugestimmt wird. Schauen wir mal, ob das Volk wirklich das wollte, was es wählte. Der Mittelstand soll nicht noch mehr fürs Autofahren bezahlen und nicht noch mehr im Stau stehen müssen!

Wir fordern die linke Ratsmehrheit dazu auf, ihren Übereifer im Zaum zu halten und die Macht nicht auf Kosten des wertvollen und steuerzahlenden Gewerbes und des Mittelstandes auszuspielen. Denn diese haben auch schon ohne die ständigen Schikanen der linksgrünen Politik genug zu kämpfen!

G e s c h ä f t e

1574. 2019/329

Postulat von Dr. David Garcia Nuñez (AL), Ezgi Akyol (AL) und 1 Mitunterzeichnenden vom 10.07.2019:

Benennung des Parks zwischen der Badener- und Zweierstrasse nach Rosa Luxemburg

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1575. 2019/332

Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 10.07.2019:

Einplanung eines sogenannten «Grünkredits» bei städtischen Neubauten, Erweiterungen und Instandsetzungen für ökologisch wertvolle Umgebungsplanungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1576. 2019/333

Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 10.07.2019:

Wiederkehrender Beitrag an den Verein MAXIM Theater, verbunden mit einem klaren Leistungsauftrag

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1577. 2019/334

Postulat der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 10.07.2019:

Realisierung eines Pilotprojekts im Kehrichtheizkraftwerk Hagenholz für ein Abscheiden des CO₂ aus dem Abgas

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1578. 2019/335

Postulat der SP- und Grüne-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 10.07.2019:

Verbot von Einwegplastik durch Anpassung der rechtlichen Grundlagen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1579. 2019/336

Postulat der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 10.07.2019:

Vereinfachtes Beantragen von Begegnungszonen durch die Bevölkerung sowie vermehrte Initiierung solcher Zonen durch die Verwaltung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1580. 2019/337

Postulat von Dr. Mathias Egloff (SP), Michael Kraft (SP) und 9 Mitunterzeichnenden vom 10.07.2019:

Installation von Photovoltaik- oder Solarthermieranlagen über den Klärbecken der ARA Werdhölzli

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1581. 2018/435

Weisung vom 14.11.2018:

**Amt für Städtebau, Teilrevision Bau- und Zonenordnung, Änderung
Ergänzungsplan Kernzone City, Kreis 1, Änderung Art. 51 Bauordnung**

Redaktionslesung

Die Redaktionskommission (RedK) beantragt einstimmig Zustimmung zur redaktionellen Bereinigung des Gemeinderatsbeschlusses Nr. 1431 vom 26. Juni 2019:

Zustimmung: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Ernst Danner (EVP), Patrick Hadi Huber (SP),
Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Simon Kälin-Werth (Grüne), Mischa Schiwow (AL)
Abwesend: Isabel Garcia (GLP), Corina Ursprung (FDP)

Der Präsident der Redaktionskommission begründet die Anträge der Redaktionskommission.

Es werden keine Anträge aus dem Rat gestellt.

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag der RedK stillschweigend zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die SK HBD/SE beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Zustimmung: Andri Silberschmidt (FDP), Referent; Präsident Patrick Hadi Huber (SP), Vizepräsidentin
Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Dr. Mathias Egloff (SP),
Brigitte Furer (Grüne), Nicole Giger (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Thomas Kleger (FDP),
Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Christian Monn (GLP), Thomas Schwendener (SVP),
Maria del Carmen Señorán (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 113 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die SK HBD/SE beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Zustimmung: Andri Silberschmidt (FDP), Referent; Präsident Patrick Hadi Huber (SP), Vizepräsidentin Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Dr. Mathias Egloff (SP), Brigitte Fürer (Grüne), Nicole Giger (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Thomas Kleger (FDP), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Christian Monn (GLP), Thomas Schwendener (SVP), Maria del Carmen Señorán (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 113 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

1. a) Der Ergänzungsplan Kernzone City, Kreis 1, wird gemäss Planbeilage, datiert vom 31. Juli 2018, geändert.
b) Art. 51 Bauordnung wird gemäss Beilage, datiert vom 31. Juli 2018, geändert.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen an den Festsetzungen in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sich diese als Folge von Rechtsmittelentscheiden oder im Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind im Städtischen Amtsblatt und im Amtsblatt des Kantons Zürich sowie in der Amtlichen Sammlung zu veröffentlichen.

Unter Ausschluss des Referendums:

3. Vom Erläuterungsbericht nach Art. 47 RPV, datiert vom 31. Juli 2018, wird Kenntnis genommen.

AS 700.100

Bau- und Zonenordnung

Änderung vom 28. August 2019

Der Gemeinderat,

gestützt auf Art. 41 lit. I GO¹ und nach Einsichtnahme in die Weisung des Stadtrats vom 14. November 2018²,

beschliesst:

H. Kernzonen

3. Gebietscharaktere und Zusatzvorschriften

b. City

Zusatzvorschriften
Profilangleichung S

Art. 51 Gebäude und Gebäudeteile haben sich im Bereich der mit S bezeichneten Profilangleichungslinie bei Ersatz oder Umbau an der Erdgeschossansetzung, an der Höhe und Ausgestaltung des Erdgeschosses, an der Traufhöhe, an der Gesamthöhe und an der Dachgestaltung der massgebenden Nachbargebäude zu orientieren. Referenz ist der bauliche Bestand der Nachbargebäude.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 4. September 2019 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist 4. November 2019)

¹ AS 101.100

² Begründung siehe STRB Nr. 944 vom 14. November 2018.

1582. 2019/173**Weisung vom 08.05.2019:****Finanzdepartement, Unfallversicherung Stadt Zürich (UVZ), Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2018**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht mit Jahresrechnung 2018 der Unfallversicherung Stadt Zürich (UVZ) (Beilage) wird genehmigt.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Shaibal Roy (GLP)

Schlussabstimmung

Die RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 115 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht mit Jahresrechnung 2018 der Unfallversicherung Stadt Zürich (UVZ) (Beilage) wird genehmigt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 4. September 2019 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

1583. 2019/296**Interpellation von Susanne Brunner (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 26.06.2019: Besetzung des Pfingstweidparks durch Protestierende gegen die Asylgesetzrevision, rechtliche Grundlagen und Kriterien für den Entscheid der Duldung der Besetzung, für die Auflösung von illegalen Partys und für das Eingreifen bei Lärmklagen sowie Kriterien hinsichtlich der Abgabe von Nahrungsmitteln im Rahmen von legalen und illegalen Anlässen**

Die Interpellation wurde gemäss Beschluss des Büros vom 3. Juli 2019 zurückgewiesen. Susanne Brunner (SVP) beantragt gemäss Art. 85 Abs. 4 GeschO GR die Zulassung der Interpellation.

Der Rat lehnt den Antrag von Susanne Brunner (SVP) mit 35 gegen 77 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Damit ist beschlossen:

Die Interpellation GR Nr. 2019/296 wird zurückgewiesen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 4. September 2019 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

1584. 2018/470

Interpellation von Yasmine Bourgeois (FDP) und Pablo Büniger (FDP) vom 28.11.2018:

ÖV-Angebot in den Quartieren Witikon, Hottingen und Hirslanden, Massnahmen zur Verbesserung der Fahrplanstabilität der Linien 8 und 31 und Optionen für die Überbrückung einer Trolleybusstrecke ohne Fahrleitung sowie Hintergründe zu den Investitionskosten für eine Verlängerung der Buslinie über den Hottingerplatz an den Hauptbahnhof und zu den Kosten für bauliche Massnahmen bei der Haltestelle Hölderlinsteig

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 296 vom 10. April 2019).

Yasmine Bourgeois (FDP) nimmt Stellung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

1585. 2018/463

Postulat von Pablo Büniger (FDP), Helen Glaser (SP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 28.11.2018:

Direkte Trolleybusverbindung zwischen Kienastewies und Hauptbahnhof via Hottingerplatz und Neumarkt

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Helen Glaser (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 630/2018).

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) begründet den namens der GLP-Fraktion am 19. Dezember 2018 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er sich beim ZW und insbesondere im Verkehrsrat dafür einsetzen kann, dass spätestens auf den Zeitpunkt der Umsetzung der Haltestellen- bzw. Platzprojekte Römerhof, Hottingerplatz und Heimplatz hin eine direkte Trolleybusverbindung zwischen Kienastewies und Hauptbahnhof via Hottingerplatz und Neumarkt umgesetzt wird.

~~Sollte sich eine solche Busverbindung aus technischen, verkehrstechnischen, finanziellen oder politischen Gründen nicht realisieren lassen, so wird der Stadtrat aufgefordert zu prüfen, ob die die Bevölkerung von Witikon, Hirslanden und Hattingen mit der früheren Lösung nicht besser bedient wäre (Buslinie 34 mit Wenden am Klusplatz, Buslinie 31 wendet wieder am Hegibachplatz). Hierbei ist insbesondere auch mittels einer repräsentativen Umfrage die Stimmung der betroffenen Bevölkerung zu einer Rückkehr zum alten ÖV-Regime zu eruieren.~~

Auf jeden Fall ist bei den zu prüfenden Optionen sicherzustellen, dass die Buslinie 31 zwischen Hegibachplatz und Hauptbahnhof via Zeltweg erhalten bleibt.

Helen Glaser (SP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 110 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1586. 2018/98

Postulat der SP-Fraktion vom 07.03.2018:

**Observation von verdächtigen Personen zur Bekämpfung von schweren Steuer-
vergehen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marcel Tobler (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3834/2018).

Roger Bartholdi (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 21. März 2018 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 41 gegen 50 Stimmen (bei 19 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1587. 2019/352

**Schriftliche Anfrage von Gabriele Kisker (Grüne), Markus Knauss (Grüne) und
1 Mitunterzeichnenden vom 28.08.2019:**

**Pflege der Baumscheiben, Gründe für das frühe Mähen der Baumscheiben und
Möglichkeiten hinsichtlich einer naturnahen Pflege zur Förderung der Biodiversi-
tät, Verbesserung des Mikroklimas und zum Schutz der Bäume**

Von Gabriele Kisker (Grüne), Markus Knauss (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden ist am 28. August 2019 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Vor zwei Jahren hat Grün Stadt Zürich entschieden, die Bearbeitung sämtlicher Baumscheiben an Dritte zu vergeben. Den ausführenden Gartenunternehmen wurde ein Zeitfenster für die Arbeiten zugewiesen. Der erste Schnitt ist von Mitte Juni bis Mitte Juli angesetzt und der zweite Schnitt wird von Mitte September bis Mitte Oktober durchgeführt. Mit dieser Festlegung werden Baumscheiben und Wiesen viel zu früh gemäht und damit die Versamung von Wildblumen verhindert. Den Insekten wird so bereits ab Juni die Nahrungsgrundlage entzogen. Mit der Totalrasur der Baumscheiben, wie es die letzten Jahre geschehen ist, sind die Baumwurzeln der prallen Sonne schutzlos ausgeliefert. Durch den frühen und zu starken Rückschnitt geht kühlendes und luftreinigendes Grünvolumen verloren. Offene Böden trocknen schneller aus und töten die wichtigen Bodenlebewesen ab. Alle Arten, die später blühen, können nie versamen. Die Folgen sind ein Verlust in der Artenvielfalt. Ein falscher Schnitt zum falschen Zeitpunkt hat auch negative Auswirkungen auf unser Mikroklima. All diese Fakten widersprechen diametral der Bestrebung nach einer Förderung der Biodiversität, den Zielsetzungen der Richtplanung nach Massnahmen für ein gutes Mikroklima in der Stadt und dem Fokus im neu herausgegebenen Grünbuch zur Stärkung des Stadtgrün.

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

1. Wieso werden Baumscheiben in der grössten Sommerhitze praktisch bis auf den blanken Boden abgemäht?
2. Was hätte es für Folgen, wenn man die Mähaktionen ausschliesslich auf den Herbst verschieben würde oder den meteorologischen Prognosen anpasst, z.B. kein Mähen vor oder in Hitzeperioden?
3. Inwieweit werden die fachliche Kompetenz und ein Bewusstsein hinsichtlich einer naturnahen Pflege und Förderung der Biodiversität der Gartenunternehmen bei den Vergabungen überprüft?
4. Welche Rolle spielte und spielt die Verordnung «naturnahe Pflege» bei der Vergabe?
5. In welcher Form werden die vergebenen Arbeiten begleitet oder überprüft?
6. Inwieweit stimmt der Stadtrat der Aussage zu, dass die Pflege und die Gestaltung der Baumscheiben für ein gesundes Wachstum der Bäume relevant sind. Inwiefern fördert ein späterer oder den Ökokreislauf berücksichtigender Schnitt der Baumscheiben die Biodiversität?
7. Gemäss der Aussage von Grün Stadt Zürich würde ein Teil der Bevölkerung ungemähte Baumscheiben als ästhetisch fragwürdig empfinden. Und auch Velofahrende, Hundehaltende und ZeckenskeptikerInnen würden eine öftere und mehrmalige Mahd fordern. In anderen Städten wie Wien oder Basel werden nicht geschnittene Flächen durch Information erklärt oder mittels Beteiligung durch Patenschaften grösseres Verständnis geschaffen. Was unternimmt Grün Stadt Zürich bezüglich Aufklärung?
8. Welche Anstrengungen unternimmt die Stadt Zürich, um aktiv Baumpatenschaften zu fördern und damit auch das Interesse und die Teilhabe der BewohnerInnen am öffentlichen Raum zu steigern?

Mitteilung an den Stadtrat

1588. 2019/353

Schriftliche Anfrage von Isabel Garcia (GLP) und Simone Hofer Frei (GLP) vom 28.08.2019:

Schul- und Betreuungsgebäude in der Stadt, Angaben betreffend Umnutzung von ehemals für schulische Zwecke genutzte Gebäude sowie Kriterien für die Zuteilung von Büroräumlichkeiten für die Verwaltungsabteilungen und Möglichkeiten für eine prioritäre Behandlung der Bedürfnisse nach Schul- und Betreuungsräumen

Von Isabel Garcia (GLP) und Simone Hofer Frei (GLP) ist am 28. August 2019 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Trotz erhöhtem Investitionsplafond, verstärkter temporärer Zumietungen privater Liegenschaften und erhöhter Bau- und Renovationstätigkeit ist Schul- und Betreuungsraum in der Stadt Zürich immer noch sehr knapp.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele ehemals für schulische Zwecke und heute für andere Zwecke genutzten Gebäude befinden sich aktuell auf dem Gebiet der Stadt Zürich? Bitte um tabellarische Übersicht zu Gebäuden, Standorten und Anzahl Quadratmetern.
2. Welche ehemaligen für schulische Zwecke genutzten Gebäude werden aktuell von der städtischen Verwaltung für nicht-schulische Zwecke bzw. als Büroräumlichkeiten genutzt? Bitte um tabellarische Übersicht zu Gebäuden, Standorten und Anzahl Quadratmetern.

3. Welche Kriterien kommen bei der Zuteilung von Büroräumlichkeiten für die verschiedenen Verwaltungsabteilungen zur Anwendung?
4. Wie stellt sich der Stadtrat – angesichts der grossen Schul- und Betreuungsraumknappheit – zur Idee, die Bedürfnisse nach Schul- und Betreuungsräumen prioritär vor allen anderen NachfragerInnen innerhalb der Verwaltung zu behandeln?
5. Ist bei der Rückführung von städtischen Räumlichkeiten in Schul- oder Betreuungsgebäude Flexibilität in der Anwendung der entsprechenden Raumstandards möglich, um übermässige Umbaukosten zu vermeiden? Wenn ja, wie ist diese Flexibilität ausgestaltet? Wenn nein, warum nicht?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

1589. 2018/282

Postulat der AL-Fraktion vom 11.07.2018:

Aufgaben des Datenschutzbeauftragten, konkretere Definition und gesetzliche Verankerung in der Gemeindeordnung und/oder in der Datenschutzverordnung

Mischa Schiow (AL) zieht das Postulat zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

1590. 2018/472

Weisung vom 05.12.2018:

Elektrizitätswerk, Energietarife 2020, Totalrevision Energietarif ewz.ökopower und Rückvergütung naturemade zertifizierter Strom, Teilrevision ewz.basis, Erlass eines neuen Energietarifs, Aufhebung ewz.wassertop und ewz.solartop

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 22. Mai 2019 ist am 29. Juli 2019 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 4. September 2019.

1591. 2018/69

Weisung vom 28.02.2018:

Amt für Städtebau, Teilrevision der Bau- und Zonenordnung, Hochschulgebiet Zürich-Zentrum, Festsetzung

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 5. Juni 2019 ist am 12. August 2019 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 4. September 2019.

1592. 2018/266

Weisung vom 11.07.2018:

Amt für Städtebau, Immobilien Stadt Zürich und Liegenschaftenverwaltung, Teilrevision Bau- und Zonenordnung, Zonenplanänderung Schulanlage Entlisberg in Zürich-Wollishofen und Zonenplanänderung ABZ in Zürich-Leimbach sowie Tausch von 403 m² Land der Schulparzelle Bruderwies in Zürich-Leimbach gegen die Liegenschaften Owenweg 19 und Moosstrasse 30 in Zürich-Wollishofen, Vertragsgenehmigung und Objektkredit

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 5. Juni 2019 ist am 12. August 2019 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 4. September 2019.

1593. 2018/419

Weisung vom 07.11.2018:

Immobilien Stadt Zürich und Grün Stadt Zürich, Sportanlage Witikon, Quartier Witikon, Ersatz des Garderobengebäudes, Neubau einer Dreifachsporthalle und Neuordnung der Rasensportanlage, Projektierungskredit, Abschreibung einer Motion

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 5. Juni 2019 ist am 12. August 2019 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 4. September 2019.

1594. 2018/446

Weisung vom 21.11.2018:

Immobilien Stadt Zürich, Liegenschaft Jungholzstrasse 43, Quartier Oerlikon, Verlängerung des Mietvertrags für die Fachschule Viventa

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 5. Juni 2019 ist am 12. August 2019 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 4. September 2019.

Nächste Sitzung: 4. September 2019, 17 Uhr.